

Glosse Symbolpolitik

Wir machen keine Revolution, wir machen lieber Resolutionen!

BARBARA TÓTH

Resolutionen sind schnell gefasst, tun niemandem weh, verströmen aber trotzdem Aktionismus. So beschloss der Wiener Gemeinderat letzten Oktober eine knallharte Resolution gegen Israel, das eine angebliche Gaza-„Hilfsflotte“ angegriffen hatte. Das mit der Friedfertigkeit war dann nicht ganz so; ein kleiner außenpolitischer Anfängerfehler.

Gespannt wartete die Öffentlichkeit diese Woche darauf, mit welchen tollkühnen Worten sich Wiens Volksvertretung mit den Revolutionären in Tunesien, Ägypten und Libyen solidarisiert würde. Aber sie schwiegen.

Stattdessen wurde eine Resolution an eine andere, fremde Macht beschlossen: den Bund. Er möge eine verpflichtende Frauenquote beschließen. Das hätte Rot-Grün natürlich auch selber machen können. Aber wozu, wenn es Resolutionen gibt? ☒

Impressum

Falter, Zeitschrift für Kultur und Politik. 34. Jahrgang

Abo-service: Tel. +43-1-536 60-928 service@falter.at

Adresse: 1011 Wien, Marc-Aurel-Straße 9, Tel. +43-1-536 60-0, Fax +43-1-536 60-912.

Redaktion Steiermark: 8010 Graz, Jakominiplatz 18/2, Tel. +43-1-536 60-810, -811

Herausgeber: Falter Verlagsgesellschaft m.b.H.

Medieninhaber: Falter Zeitschriften GmbH. Chefredakteur: Armin Thurnher

Stellvertretende Chefredakteure: Florian Klenk, Klaus Nüchtern

von Diensten: Isabella Grossmann, Marianne Schreck (kar.), Petra Sturm

Redaktion: POLITIK und MEDIEN: Stefan Apfl, Ingrid Brodnig, Joseph Gepp, Nina Horacek (kar.), Florian Klenk (Leitung), Julia Ortner, Barbara Tóth, KULTUR:

Carsten Fastner, Wolfgang Kralicek, Klaus Nüchtern (Leitung), Michael Omasta

STADTLIBEREN: Christoph Wurmhuber (Leitung), Matthias Dusini

STEIERSCHNIG: Donja Noormofidi (kar.), Gerlinde Pölsler, Thomas Wolkinger (Leitung)

WOCHE: Lisa Kiss (Leitung), Nathalie Großschädl

Ständige Mitarbeiter: POLITIK und MEDIEN: Sibylle Hamann, Franz Kössler, Kurt Langbein, Raimund Löw, Markus Marterbauer, Robert Misik, Thomas Vasek

KULTUR: Kirstin Breitenfellner, Sebastian Fasthuber, Bettina Hagen, Maya McKechney, Robert Rotifer, Joachim Schätz, Nicole Scheyerer, Gerhard Stöger, Jan Tabor

STADTLIBEREN: Andrea Maria Dusi, Florian Holzer, Peter Iwaniewicz, Nina Kaltenbrunner, Doris Knecht, Heidi List, Werner Meisinger, Wolfgang Paterno, Hermes Phettberg, Johann Koccek

STEIERSCHNIG: Hermann Götz, Herwig Höller, Wolfgang Kühnelt, Christoph Marek, Maria Motter, Paul Pechmann, Gregor Schenker, Tiz Schaffer, Ulrich Tragatschnig

WOCHE: Bernhard Kern, Michaela Pichler, Katharina Seidler, Barbara Predin

Redaktionsassistenten: Tatjana Ladstätter

Fotografen: Heribert Corn, Julia Fuchs, Katharina Gossow, Hans Hochstöger, J.J. Kucek (Steiermark), Christian Wind

Art Direction: Dirk Merbach

Produktionsleitung: Raphael Moser

Grafik: Barbara Blaha, Marion Großschädl, Reini Hackl, Martin Hofbauer (Stmk.), Christian Sulzenbacher

Korrektur: Hildegard Atzinger, Reinhard Czar (Stmk.), Helmut Gutbrunner, Ulrike Hirhager, Patrick Sabbagh, Maria Schiestl, Rainer Sigl, Anna Szyma, Gerhard Unterthurner, Marie Yazdanpanah

Geschäftsführung: Siegmund Schlager

Finanz: Michael Geringer

Marketing: Herwig Baumberger, Barbara Prem

Anzeigenleitung: Sigrud Johler

Abwicklung: Franz Kraßnitzer, Oliver Pissnigg

Kommentar Familien

Väter sind die schlechteren Menschen? Zur Obsorgedebatte

FLORIAN KLENK

Bei der Mutter wird das Kind „gesund und natürlich ernährt“. Der Vater stopft es mit Schlagobers voll. Der Vater steht überhaupt mehr auf seine „neue Tussi“, seine Kinder sind ihm nicht so wichtig. Er macht beim Besuch seiner Kinder einen Kavaliertour mit dem Auto und sein Nachwuchs ist das „Faustpfand“ gegenüber seiner Frau.

So spricht Helene Klaar, die renommierte Scheidungsanwältin, auf die die SPÖ gerne hört. In einem Interview mit dem *Kurier* hat sie den linken Kräften in der Debatte um das neue Kindschaftsrecht keinen guten Dienst erwiesen. Väter per se als kindergefährdende Erpresser zu karikieren mag in einem Scheidungsprozess erfolgversprechend sein, in einer seriösen familienpolitischen Debatte ist diese Wortmeldung zu eindimensional.

Der Diskurs über das neue Obsorgerecht von Justizministerin Bandion-Ortner ist von solchen Extrempositionen durchsetzt. An erster Stelle sind hier all die „Väterrechtler“ zu nennen, die nahezu sektoid gegen progressive Frauen hetzen und in der öffentlichen Wahrnehmung als „die Väter“ wahrgenommen werden.

Die Realität ist differenzierter, und Justizministerin Claudia Bandion-Ortner Entwurf für ein neues Obsorgerecht beschreitet den richtigen Weg. Es räumt mit dem von Frauen stets zu Recht bekämpften Vorurteil auf, dass Mütter automatisch den besseren Elternteil repräsentieren und dass ihnen deshalb *automatisch* mehr Rechte am Kind zukommen.

Diese Rechtslage ist nicht nur menschenrechtswidrig, wie der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte urteilte, sie ist auch überkommen.

Bandion-Ortner Entwurf bevorzugt weder Väter noch Mütter. Er bevorzugt die Kinder, die ein Recht auf beide Elternteile haben und immer öfter unehelich geboren werden. Es stellt die gemeinsame Obsorge, verbunden mit gemeinsamen Pflichten, als Regel auf. Im Falle des Scheiterns der elterlichen Verpflichtungen, etwa bei Rechtsmissbrauch, Gewalt oder Drohungen, kann das Gericht angeufen und im Sinne des Kindeswohlens die Obsorge entzogen werden.

All das ist keine Förderung der Gewalt an Kindern, wie der Verband autonomer Frauenhäuser insinuiert. Es ist eine Aufgabe für die Justiz. Denn das Hauptproblem sind elendslange Verfahren, die vor allem die Kinder belasten.

Die fortschrittlichen Kräfte müssen daher vor allem auf eine effiziente Familiengerichtbarkeit drängen, anstatt Extremfälle als Normalität auszuweisen und „die Väter“ als schlechtere Menschen zu stigmatisieren. ☒

Kommentar Kultur

Ein Ende mit Schrecken: Peter Noever verdient kein Mitleid

MATTHIAS DUSINI

Ende des Jahres wäre sein Vertrag am Museum für angewandte Kunst (Mak) abgelaufen, nun nahm Direktor Peter Noever vorzeitig seinen Hut. Die Affäre um die im Museum abgehaltenen Geburtstagsfeiern für seine Mutter veranlassten ihn zu diesem Entschluss.

Noevers Anhänger reagierten mit Huldigungsschreiben; Künstler, Museumsleute und Architekten deponierten auf einer Homepage ihre Grüße. „Hätten Sie die Geburtstagsfeier für Ihre Mutter in einem italienischen Museum ausgerichtet, im Land, wo *la mamma* alles bedeutet, man hätte Sie dafür bewundert“, schreibt etwa die Wiener Galeristin Ursula Krinzinger. Genau das ist das Problem.

Denn nicht Noevers Verdienste für die Kunststadt Wien stehen zur Debatte, sondern die Verwendung öffentlicher Gelder für private Zwe-

cke *all'italiana*. Spät erst kam Andreas Treichl, der Chef der Erste Bank und Mak-Aufsichtsrat, seiner Kontrollpflicht nach und schickte Wirtschaftsprüfer ins Haus. Wie Ministerin Claudia Schmied ließ er sich von Noevers Repräsentationskünsten blenden.

Im wöchentlichen *Jour Fixe* rief der Universalgestalter zur Leben und Kunst vereinigenden Tafelrunde. Da fielen geladenen Künstlern, Managern und Politikern ein Buffet mehr oder weniger nicht mehr auf.

Noevers Rücktritt kommt zehn Jahre zu spät. Die große Reputation des Mak geht auf jene Zeit zurück, als das Museum noch vom Ministerium kontrolliert wurde. Da sanierte Noever das Haus vorbildlich und ermöglichte wichtige Ausstellungen. Der Sinkflug begann, als er das Budget selbstständig verwalten musste.

Ein letztes Mal darf er nun den Dissidenten spielen, das erste Mal nicht auf Staatskosten. ☒

Die Statuspanik der

Unser Bildungsbürgertum fürchtet sich vor dem Abstieg.

GASTKOMMENTAR: HARALD WALSER

Der tiefe Fall des Freiherrn Karl-Theodor zu Guttenberg belegt: Nicht einmal dem Adel geht es um Bildung oder Leistung, sondern um Ansehen, Stand und Titel. Da darf man dem österreichischen Bürger- und Kleinbürgertum nicht böse sein, wenn es zur Abgrenzung nach unten auf den Fortbestand der Langform des Gymnasiums beharrt. Dort sind die eigenen Kinder zumindest sicher vor den Gleichaltrigen aus der Türkei, Albanien oder Rudolfsheim-Fünfhaus.

Der soziologisch nicht leicht fassbare „Mittelstand“ sorgt sich um seinen gesellschaftlichen Status. Und einige Fakten bestätigen diese Sorgen: Allein in Deutschland stiegen seit 2000 zehn Prozent der Bevölkerung in die untere Gesellschaftsschicht ab. Der Kultursender Arte brachte es kürzlich in einer Reportage für ganz Europa auf den Punkt: „Mittelschicht – Angst vor dem Abstieg“. Bei denen, die noch oben sind, macht sich Statuspanik breit.

Auch bei uns. In Österreich besitzen die obersten zehn Prozent 61 Prozent aller Immobilien und 54 Prozent des Geldvermögens. Tendenz steigend. Ihr Vermögen wurde in der Finanzkrise mit den Steuermilliarden der Mittelschicht gerettet. Doch das Augenmerk der Mittelschicht richtet sich nicht auf die einkommensstarke Oberschicht – dort möchte man ja hin –, sondern auf die Unterschicht.

Damit sind wir auch schon beim Kern der reichlich rückständigen heimischen Bildungsdiskussion. Barbara Tóth hat in einer Analyse im letzten *Falter* eine „berechtigte Angst vor der Schulreform“ festgestellt. Ob es gerade die Reform ist, vor der man „berechtigte“ Angst haben muss, lassen wir einmal dahingestellt. Wichtiger ist: Die Angst ist vorhanden.

Im Bildungsbereich ist das unerschütterliche Festhalten am althergebrachten Gymnasium ein Ausdruck dieser Statuspanik der Mittelschicht. Sachlich kann die stumpfsinnige „Rettet das Gymnasium“-Rhetorik der Konservativen nicht mehr begründet werden, denn der von den Neoliberalen genauso wie von den Konservativen beschworene „Output“ ist mehr als nur bescheiden: Unser im internationalen Vergleich extrem teures Bildungssystem erbringt nämlich nicht nur im unteren Leistungsbereich miserable Ergebnisse, sondern auch im oberen. Obwohl etwa 33 Prozent aller Kinder nach der Volksschule in ein Gymnasium wechseln, schaffen es laut Pisa nur drei Prozent in allen drei Testbereichen in die Spitzengruppe. In Finnland sind es gleich dreimal so viele (neun Prozent). Dort aber gibt es kein elitäres Gymnasium, und alle Kinder besuchen eine gemeinsame Schule. Österreichs Elite in den Gymnasien erreicht bei Pisa nicht einmal den Durchschnitt aller finnischen Jugendlichen.

Mit dem Leistungsargument kann man das bestehende Schulsystem also nicht verteidigen. Mit dem Versuch,